

Schweiz

Tages-Anzeiger vom 30.12.2004

Calmy-Rey stoppt eigenen Bericht

Eigentlich hätte der Bundesrat in diesem Jahr darlegen sollen, was die Schweiz künftig für die Menschenrechte tun will. Doch der Berichtsentwurf passt just der Aussenministerin nicht.

Von Bruno Vanoni, Bern

Der Auftrag des Parlaments besteht schon seit vier Jahren, und der Bundesrat hat sich vor Jahresfrist vorgenommen, ihn endlich zu erfüllen: Er werde dem Parlament in der zweiten Jahreshälfte 2004 einen Bericht über die Menschenrechtspolitik 2003-2007 unterbreiten, versprach er in seinen Zielen für das nun zu Ende gehende Jahr.

Erst versprochen, dann bestritten

Dieser Bericht werde erstens getroffene und geplante Massnahmen beschreiben. Er solle zweitens darstellen, wie die Menschenrechte in der Entwicklungs-, Aussenwirtschafts-, Migrations- und Friedenspolitik berücksichtigt werden. Und drittens werde er auch «offen legen, wo Interessenkonflikte zwischen menschenrechtlichen und anderen Werten bestehen». Mit andern Worten: Dicke Post wurde bis Ende 2004 versprochen.

Nun ist das Jahr zu Ende, aber den versprochenen Bericht gibt es nicht. Unbemerkt von der Öffentlichkeit hat der Bundesrat kürzlich gar versucht, sich des parlamentarischen Auftrags zu entledigen. Er wollte das Postulat, das «einmal pro Legislatur» einen Menschenrechtsbericht ans Parlament verlangt, für erledigt erklären. Der aussenpolitischen Kommission des Nationalrats, die diesem Antrag widersprach, hielt er in der letzten Session schroff entgegen: «Über die Menschenrechtspolitik der Schweiz wird regelmässig anderweitig Bericht erstattet. Dazu bedarf es keines separaten Berichtes.»

Dieser argumentativen Kehrtwende wäre der Nationalrat beinahe gefolgt. Nur knapp, mit 82 gegen 77 Stimmen, hat er seinen Auftrag aus dem Jahr 2000 bekräftigt und auf einem separaten Menschenrechtsbericht beharrt. Weshalb der Bundesrat davon plötzlich nichts mehr hatte wissen wollen, konnte zunächst niemand erklären. Immerhin war zu erfahren, dass die Menschenrechtsabteilung des Aussendepartements (EDA) den Berichtsentwurf bereits fertig gestellt hat. Daraufhin lag ein Verdacht auf der Hand: Vermutlich habe - so die plausible These - der Bundesrat in seiner neuen, politisch nach rechts gerückten Zusammensetzung den Entwurf gestoppt. Denn der gleiche Bundesrat hat ja trotz Menschenrechtsbedenken auch schon heikle Waffenexporte bewilligt, das Asylgesetz verschärft und mit seinem Ja zum neuen Anti-Folter-Vertrag gezögert.

Doch der nahe liegende Verdacht erwies sich als falsch. Denn der Berichtsentwurf kam gar nie in den Gesamtbundesrat, wie Recherchen des «Tages-Anzeigers» ergaben. Er war vielmehr schon EDA-Chefin Micheline Calmy-Rey nicht genehm - ausgerechnet ihr, die sich bisher stets als Promotorin der Menschenrechte profiliert hat. Eine Erklärung für ihren überraschenden Einspruch war weder von ihrem Informationsdienst noch von den Berichtsverfassern zu erfahren, die offensichtlich zum Stillschweigen verpflichtet worden waren.

Aus Angst vor Abstrichen vertagt?

Einzig Botschafter Roberto Balzaretti, der diplomatische Berater der Aussenministerin, bestätigt auf Anfrage den Sachverhalt. Der bundesrätliche Bescheid, dass es den Bericht gar nicht brauche, sei freilich «nicht sehr geschickt formuliert». Bundesrätin Calmy-Rey wolle dem Parlament in dieser Amtsperiode durchaus noch Bericht über die Menschenrechtspolitik erstatten. «Aber dafür haben wir noch etwas Zeit.» Der Entwurf der Verwaltung sei viel zu lang und detailliert ausgefallen - Calmy-Rey aber wolle «einen schlanken und praxisorientierten Bericht, der dann auch gelesen wird».

Der zurückgewiesene Entwurf soll in der Tat mehr als 100 Seiten dick sein. Die akribische Bestandesaufnahme passt jedoch zu andern EDA-Berichten, die ein didaktisches Ziel verfolgen und detaillierte Informationen vermitteln wollen. Deshalb vermag die Erklärung, Calmy-Rey wünsche einfach einen kürzeren und pointierteren Bericht, nicht ganz zu überzeugen. Zu hören ist deshalb auch die Vermutung, Calmy-Rey befürchte im aktuellen Klima im Bundesrat und Parlament auf Widerstand zu stossen. Um keine Abstriche hinnehmen zu müssen, verzichte sie vorläufig lieber auf den versprochenen Bericht.

Das aber fände die Zürcher SP-Nationalrätin Vreni Müller-Hemmi «sehr bedauerlich». Sie leitet die parlamentarische Gruppe für Menschenrechte, der mittlerweile 80 National- und Ständeräte aus allen Fraktionen angehören. Diese Allianz wolle den Bericht als Arbeitsinstrument nutzen, um den aussenpolitischen Schwerpunkt innenpolitisch besser abzustützen. «Ich sehe nicht, wie Calmy-Rey mit der mehrfach bestätigten Menschenrechtspolitik auflaufen könnte.»